

## Skater nehmen wichtige Hürde

**STADT BERN** Die jungen Leute, die vor der Reitschule am Bollwerk einen Skatepark errichten wollen, haben eine wichtige Hürde genommen. Die Bundesbahnen, denen der Boden unter dem Brückenbogen gehört, stimmen der Verlegung von 13 Parkplätzen zu. Nathalie Herren, Leiterin der städtischen Fachstelle Sicherheit im öffentlichen Raum, bestätigte gestern einen Bericht der «Berner Zeitung». Die SBB erhalten sieben Ersatzparkplätze am Standort, wo heute das alte Fahrerschulhäuschen steht. Dieses wird abgerissen. Der Boden, auf den die Skate-Anlage zu stehen kommen soll, bleibt laut Herren in SBB-Besitz, die Bundesbahnen stellen ihn aber der Stadt für die neue Nutzung zur Verfügung. Für die Realisierung des Skateparks engagiert sich der private Verein «SK8» um Pablo Cerpillod. Er erhält von der Stadt 30 000 Franken, der Rest der Summe von rund 250 000 Franken muss nun bei Sponsoren aufgetrieben werden. Dem Verein schwebt nämlich keine simple Holzanlage vor, sondern ein vandalensicherer, betonierter Skaterpool. Am Zustandekommen des Skateparks, der – was wichtig sei – auch von Reitschule-Vertretern begrüsst werde, habe die Stadt im Zusammenhang mit der geplanten Aufwertung des Reitschule-Vorplatzes grosses Interesse, sagt Nathalie Herren. Unabhängig von der Skateanlage will die Stadt dort die Zugangsmöglichkeiten verbessern, dem wilden Urinieren mit einem Pissoir Einhalt gebieten und die Beleuchtung verbessern. (swe)

### KURZ

**Mehr Geld für Bibliothek MÜHLEBERG** Ab kommendem Jahr unterstützt die Gemeinde die Bibliothek in Mühleberg mit jährlich 19 000 Franken. Das ist mehr als doppelt so viel wie bis anhin. Nötig wird die Erhöhung der Subventionen, weil Unterstützungsbeiträge von Kanton und Kirchgemeinde wegfallen oder reduziert wurden. An der Gemeindeversammlung abgelehnt wurde der Vorschlag, die Bibliothek müsse mit der Schulbibliothek vereinigt werden. (rr)

**Keine Steuersenkung WAHLERN** Die Liegenschaftssteuern werden im nächsten Jahr nicht gesenkt: Mit 45 zu 22 Stimmen hat die Gemeindeversammlung eine Senkung des Satzes von 1,4 auf 1,2 Promille abgelehnt. Damit sieht das Budget bei Einnahmen von 25,4 Millionen Franken einen Verlust von 0,4 Millionen Franken vor. Der Steuerfuss bleibt unverändert auf 1,94 Einheiten. (rr)

**Budget genehmigt GUGGISBERG** Bei Einnahmen von 5,7 Millionen Franken sieht das Budget des kommenden Jahres ein Defizit von rund 50 000 Franken vor. Anfänglich ging der Gemeinderat von einem Defizit in der Höhe von 300 000 Franken aus. Weil auf einzelne Ausgaben verzichtet wird – beispielsweise beim Unterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften –, reduzierte sich dieser Betrag. Der Steuerfuss der Gemeinde bleibt auf 2,14 Einheiten. (rr)

**Räte neu gewählt OBERBÄLM** An der Gemeindeversammlung sind die beiden Gemeinderäte Ruth Spycher und Fritz Hunziker in ihrem Amt bestätigt worden. Für den abtretenden Roland Leuenberger neu gewählt wurde die Tourismusexpertin Melitta Kronig. (rr)

**Budget genehmigt OBERBÄLM** Der Voranschlag 2006 sieht bei einem Umsatz von 2,7 Millionen Franken einen Verlust von knapp 0,3 Millionen Franken vor. Der Steuerfuss bleibt unverändert auf 1,63 Einheiten. Die Gemeindeversammlung hat das Budget genehmigt. (rr)

# Disput ums Kopftuch

Lob und Tadel für die Schulen, die muslimische Mädchen von einigen Fächern befreien

*Dürfen muslimische Mädchen vom Religions- und Schwimmunterricht befreit werden? Die Diskussion um Frauenrechte, Religionsfreiheit und Integration entfacht sich an einem Entscheid in Stettlen.*

NICOLE JEGERLEHNER

Das freiwillige Tragen eines Kopftuches in der Schule könne toleriert werden – doch die «grundsätzliche Dispensierung von einem Schulfach ist nirgends erlaubt». Die Berner Organisation Terre des femmes reagiert mit scharfen Worten auf den Entscheid der Stettler Schulkommission, ein muslimisches Mädchen vom Schwimm- und Religionsunterricht und teilweise von den Turnstunden zu befreien («Bund» vom Dienstag).

Terre des femmes schreibt in einem offenen Brief, die Bundesverfassung verbiete eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts; die teilweise Dispensierung des neunjährigen Mädchens sei aber diskriminierend. Zudem gehe es bei Fragen des Kopftuchs «nicht um Religion, sondern um patriarchale Strukturen». Die Eltern des

Mädchens setzten «elementare Freiheitsrechte zugunsten von religiösen oder patriarchalen Traditionen ausser Kraft».

Solch grundsätzliche Überlegungen hatte auch die Schulkommission von Stettlen angestellt. Kann sich das Mädchen entwickeln, wie es will? Wird die Integration erschwert? Was wird, wenn das Mädchen später kein Kopftuch tragen will, die Eltern aber darauf bestehen? «Wir haben probiert, im Sinne des Mädchens zu entscheiden», sagt Christian Haas, Präsident der Kommission. «Es sollte nicht sein, dass ein Laiengremium bei jedem Besuch neu verhandeln muss», sagt Haas, der sich im Namen der Schulkommission klare Vorgaben des Kantons wünscht.

**Weisungen regeln bereits alles**

Weitergehende Regeln der Erziehungsdirektion seien nicht nötig, sagt Johannes Kipfer, Leiter der Abteilung Volksschule. Fragen rund um Dispensationsgesuche seien in den «Weisungen über Absenzen und Dispensationen an der Volksschule» geregelt. Eltern können sich auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit berufen, wenn sie um das Freistellen vom Religionsunterricht ersuchen. «Eine speziel-

le Begründung darf nicht verlangt werden», steht in der Weisung. Alle Kinder hätten darauf Anspruch, betont Kipfer, nicht nur muslimische. Und: «Ich kenne auch viele muslimische Kinder, die den ganzen Unterricht besuchen – und Mädchen, die mit dem Tschador turnen.»

Zum Tschador an der Schule hat das Bundesgericht entschieden: Nur wenn das Kindeswohl gefährdet ist oder wenn im Unterricht «die für das Überleben in unserem Kulturkreis notwendigen Lerninhalte nicht vermittelt werden können» – nur dann kann eine Schule das Tragen von religiös bedingten Kleidungsstücken verbieten. Das Kopftuch fällt nicht darunter. «Es braucht darum auch kein Gesuch, um einen Tschador tragen zu dürfen», sagt Kipfer. Lehrerinnen hingegen dürfen nicht mit Tschador unterrichten.

Regina Probst von Terre des femmes will nicht akzeptieren, dass Mädchen aus religiösen Gründen von Fächern dispensiert werden. Sie überlegt sich, juristisch gegen die Stettler Schulkommission vorzugehen.

Ganz anders beurteilt Simone Prodoliet von der Eidgenössischen Ausländerkommission das

Vorgehen in Stettlen: «Alle Seiten wurden angehört und auf die Anliegen der verschiedenen Positionen so weit wie möglich Rücksicht genommen. Es ist wichtig, dass die Beteiligten im Gespräch blieben.»

**Lieber Kompromisse als Verbote**

Für Prodoliet ist das Recht auf Bildung vordringlich: «Ein Mädchen muss trotz Kopftuch am öffentlichen Unterricht teilnehmen können.» Verbote könnten dazu führen, dass Eltern ihre Kinder in Privatschulen schickten. Zudem seien Verbote ein falsches Signal an die muslimische Gesellschaft in der Schweiz. Der Tschador sei ein starkes religiöses Symbol und es könne durchaus irritieren, sagt Prodoliet. Die Unterdrückung der Frauen ausschliesslich am Kopftuch zu messen, sei aber zu verkürzt. Im Falle des betreffenden Mädchens mache es Sinn, dass der Wunsch der Eltern nach der Kopfbedeckung respektiert werde. Das Mädchen gewinne dadurch, dass es an der Schule bleiben könne und mit Gleichaltrigen der eigenen Umgebung in Kontakt sei. So habe es auch die Möglichkeit, sich mit den Werten in der Schulklasse auseinander zu setzen. «Dies ist zentral für den Integrationsprozess.»

## Briefe für die Gerechtigkeit

Am Tag der Menschenrechte organisiert Amnesty International einen Schreibmarathon

*Mit einfachen Mitteln – Stift und Papier – kann gegen Menschenrechtsverletzungen protestiert werden. Amnesty International organisiert am Samstag den Urgent Actions-Marathon an dem Tausende von Briefen geschrieben werden sollen – auch in Bern.*

CHRISTIAN BRÖNNIMANN

Leyla Mafi ist eine etwa 20-jährige, geistig behinderte Iranerin. Wegen «Moralvergehen» drohen ihr eine Prügelstrafe in Form von 99 Peitschenhieben und mehrere Jahre Haft. Sie wurde von ihrer Mutter zur Prostitution gezwungen.

Jakub und Ajubchan Magomadow, zwei Brüder aus Tschetschenien, sind spurlos verschwunden. Der jüngere, Ajubchan, wurde im Jahr 2000 von russischen Streitkräften festgenommen. Sein älterer Bruder setzte sich für ihn ein, wollte nach Moskau reisen und ist bis heute nicht zurückgekehrt.

Die 32-jährige Fotoreporterin Jennifer Latheef verbüsst auf den Malediven eine Haftstrafe von 10 Jahren. Sie hatte im September dieses Jahres an Protesten gegen Todesfälle in Gefängnissen und gegen politische Unterdrückung im Land teilgenommen.

**Tausende von Urgent Actions**

Dies sind drei von unzähligen Fällen aus den Akten von Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation hat einen einfachen Weg gefunden, auf dem jedermann seinen Protest gegen solche Ungerechtigkeiten kundtun kann: Die Regimes, welche die Menschenrechte missachten, werden mit Briefen eingedeckt. Nicht bloss mit einem oder zwei, sondern gleich zu Tausenden sollen die Protestbriefe, so genannte Urgent Actions (englisch für «dringende Handlungen»), den Regierungen zeigen, dass die Weltöffentlichkeit die Augen vor ihren Untaten nicht verschliesst. So wird Druck ausgeübt. Im Durchschnitt werden pro Fall innerhalb weniger Wochen



Rudi von Planta (rechts) lässt vor dem Zytglogge Briefe schreiben.

MANU FRIEDERICH

rund 5000 Briefe aus der ganzen Welt an die jeweiligen Präsidenten oder an die zuständigen Minister geschickt.

«Die Masse zählt», sagt Rudi von Planta, der Organisator der Urgent Actions-Aktion in der Schweiz. «Die Regierungen werden mit den Briefen richtiggehend bombardiert.» Laut Amnesty International wird damit in fast der Hälfte der jährlich über 300 Urgent-Actions-Fällen eine Verbesserung der Si-

tuation erwirkt. Leute werden aus ihrer Haft entlassen oder erhalten zumindest einen fairen Prozess.

**Direkte Art von Engagement**

In der laufenden Woche und speziell am kommenden Samstag, dem internationalen Tag der Menschenrechte, sollen nun besonders viele Urgent Actions zusammenkommen. Gesammelt wird in 40 Ländern auf der ganzen Welt – allein in der Schweiz an 55 Orten.

«Unser Ziel für diese Woche sind 15 000 Briefe aus der Schweiz», sagt von Planta. Am Stand beim Berner Käfigturm können bereits seit Dienstag Briefe verfasst und abgegeben werden. Wer will, kann auf vorgedruckte Musterexemplare zurückgreifen.

Rudi von Planta ist überzeugt, dass ein Brief die effizienteste Form ist, um seinen Protest auszudrücken. Andere Formen, E-Mails oder Faxe, könnten viel leichter ignoriert oder ungelesen gelöscht werden. «Bei einem Brief kann man sicher sein, dass ihn zumindest jemand in den Händen halten wird.» Zudem sei das Schreiben einer Urgent Action, im Gegensatz zu einer Geldspende, eine andere, direktere Art von Engagement. Von Planta rechnet vor: «Mit zehn Minuten Zeit, Fr. 1.80 für die Luftpostbriefmarke und seinem Namen kann jedermann aktiv für eine gute Sache eintreten.»

**[i] URGENT ACTIONS-MARATHON** Protestbriefe können am Stand von Amnesty International geschrieben werden. Heute steht dieser vor der Heiliggeistkirche, morgen und am Samstag beim Käfigturm. Weitere Informationen: [www.amnesty.ch](http://www.amnesty.ch).

## Weitere Aktionen in Bern

In Bern sind weitere Aktionen zum internationalen Tag der Menschenrechte vom 10. Dezember geplant: Bereits heute um 17.30 Uhr findet im Vortragsaal der Stadt- und Universitätsbibliothek eine Podiumsdiskussion zum Thema «Frauenrechte, Kinderrechte, Elternrechte – Aktuelle Fragen im Einwanderungsland Schweiz» statt. Organisiert wird sie von der Stadt Bern und dem Verein Menschenrechte Schweiz (Mers). Es treten unter anderem Gemeinderätin Edith

Olibet (sp) und Nationalrätin Cécile Bühlmann (gb) auf.

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Stadt Bern (Akib) organisiert am Freitag um 20 Uhr in der Markuskirche eine Benefizveranstaltung mit einer Tanzvorführung von Studierenden der Musikhochschule Bern und mit Texten von Eduardo Galeano. Am Samstag, 16.30 Uhr findet in der Nydeggkirche eine ökumenische Feier unter dem Motto «Asylsuchende haben Rechte» statt. (bro)

## Letztes Tram fährt später

**BERN MOBIL** Die Verkehrsbetriebe der Bundesstadt verschieben die Nachtruhe um fünf Minuten. Ab nächstem Sonntag fahren die letzten Trams und Busse erst um Mitternacht vom Bahnhof weg anstatt wie bisher um 23.55 Uhr. Die neue Regelung gilt sonntags bis donnerstags. Mit dem Fahrplanwechsel kehrt Bern Mobil zum Regime zurück, das vor drei Jahren bereits einmal eingeführt worden war, letztes Jahr aber wieder rückgängig gemacht wurde – ausgerechnet mit der Einführung von Bahn 2000, was für Kopfschütteln sorgte. Mit der erneuten Betriebsverlängerung reagiert man nun «auf vielseitigen Kundenwunsch», sagte Bern-Mobil-Sprecherin Annegret Hewlett gestern auf Anfrage. Zudem könne man sich den letzten Kurs um Mitternacht besser merken. Freitags und samstags fahren die letzten Trams und Busse wie bisher erst um 0.15 Uhr vom Bahnhof weg, die zweitletzten neu ebenfalls um Mitternacht. Dass die Angebotserweiterung einem Bedürfnis entspricht, zeigte sich 2002: Über 6000 Personen unterschrieben eine Petition der Juso Bern. Die Jungpartei verlangte Trams und Busse bis ein Uhr nachts. (swe)

### KURZ

**Streit um Wasserreglement KIRCHLINDACH** Die Gemeindeversammlung verabschiedete am Montag mit 101 gegen 14 Stimmen das neue Wasserreglement. Zuvor war nach langer Diskussion ein Rückweisungsantrag gescheitert. Streitpunkt war zum einen das Verhältnis von Fix- und Verbrauchskosten für die Wasserbezüger, zum andern eine einmalige «Löschwassergebühr», die für Gebäude ohne Wasseranschluss zu entrichten ist. Mit 101 gegen 19 Stimmen genehmigten die Stimmbürger ebenfalls das neue Abwasserreglement. (sul)

**Ja zur Regionalisierung KIRCHLINDACH** Die Gemeindeversammlung hat den Vertrag zur Zusammenarbeit der sozialen Dienste von Kichlindach, Wohlen, Bremgarten und Frauenkappelen genehmigt. Wohlen und Kirchlindach führen ihren Sozialdienst seit 2003 gemeinsam. (sul)

**Eigenkapital reduzieren KIRCHLINDACH** Damit die im regionalen Schnitt niedrige Steueranlage von 1,4 Einheiten gehalten werden kann, will der Gemeinderat das Eigenkapital bis 2010 um 800 000 Franken auf 2,8 Millionen Franken reduzieren. Das Budget mit Ausgaben von zehn Millionen Franken und einem Gewinn von 200 000 Franken hiess die Gemeindeversammlung gut. (sul)

**Ja zur Steuerersenkung UTZENSTORF** Mit 36 zu 7 Stimmen hat die Gemeindeversammlung das Budget 2006 genehmigt. Damit sinkt der Steuerfuss um 0,09 auf 1,65 Einheiten. Bei Einnahmen in der Höhe von 12 Millionen Franken ist ein Defizit von 0,1 Millionen Franken vorgesehen. (rr)

**Budget genehmigt BÄTTERKINDEN** Bei Einnahmen von 8,3 Millionen Franken sieht der Voranschlag 2006 ein Defizit von 0,5 Millionen Franken vor. Dank einem Eigenkapital von rund 2,5 Millionen Franken sei dieses Defizit tragbar, hiess es an der Gemeindeversammlung. Der Steuerfuss bleibt auf 1,69 Einheiten. (rr)

**Keine Sanierung GROSSAFFOLTERN** Die Gemeindeversammlung hat einen Kredit über 170 000 Franken für die Sanierung des Sägesergässlis im Unterdorf von Grosseffoltern zurückgewiesen. Der Entscheid fiel mit 55 zu 29 Stimmen klar aus. Die Anwohner verlangten detailliertes Zahlenmaterial für die Berechnung der Grundeigentümerbeiträge. (rr)